

Antworten der Partei/Gruppierung:

Volt Europa - Ortsgruppe Karlsruhe



KLIMABÜNDNIS KARLSRUHE

WAHLPRÜFSTEINE ZUR KOMMUNALWAHL AM 9. JUNI 2024

Vorwort	S. 2
THEMA 1: Klimaschutz – Ziele, Umsetzung und Kontrolle	S. 3
THEMA 2: Bürger:innenbeteiligung und Bildung	S. 4
THEMA 3: Wirtschaft	S. 5
THEMA 4: Bauen und Wohnen	S. 6
THEMA 5: Mobilität	S. 7
THEMA 6: Stadtklima, Grünflächen, Biodiversität	S. 8
THEMA 7: Energie	S. 9
THEMA 8: Ernährung	S. 10

Vorwort

„Der Klimawandel in 20 Worten: Er ist real. Wir sind die Ursache. Er ist gefährlich. Die Fachleute sind sich einig. Wir können noch etwas tun.“ *

Das Klimabündnis Karlsruhe, in dem mehr als 80 Vereine und Gruppen aus der Klima- und Umweltbewegung in Karlsruhe vertreten sind, legt den zur Kommunalwahl 2024 antretenden demokratischen Parteien/Listen die folgenden Wahlprüfsteine vor. Parteien und Gruppierungen, die den menschengemachten Klimawandel leugnen, legt das Klimabündnis die Wahlprüfsteine nicht vor, da sie Wissenschaftsfeindlichkeit und Desinformation verbreiten und dementsprechend auch keine Lösungen anzubieten haben.

Die 23 Fragen entstanden auf der Grundlage des umfangreicheren Forderungskatalogs, den das Klimabündnis im Februar 2022 der Stadt Karlsruhe und den demokratischen Gemeinderatsfraktionen übergeben hat. Sie basieren auf dem breiten, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Einvernehmen, dass der menschengemachte Klimawandel eine der größten Herausforderungen unserer Zeit ist.

Die Auswirkungen des Klimawandels und die dagegen notwendigen Maßnahmen bedrohen auch die soziale Sicherheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die demokratischen Parteien haben darum eine besondere Verantwortung, den Menschen Sicherheit und Perspektiven für eine lebenswerte Zukunft zu geben. Die vorliegenden Wahlprüfsteine und die Antworten der Parteien sollen den Wähler:innen die nötige Orientierung für ihre Wahlentscheidung am 9. Juni 2024 bieten.

* Anthony Leiserowitz, Yale University: Climate Change in just 10 Words: It's real. It's us. Experts agree. It's bad. There's hope.

THEMA 1: Klimaschutz – Ziele, Umsetzung und Kontrolle

Die 2015 festgelegten "Pariser Klimaziele" besagen, dass der globale Temperaturanstieg deutlich unter 2 °C und möglichst unter 1,5 °C im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter liegen soll. Deshalb muss die Gesamtmenge an weiteren, vom Menschen verursachten Treibhausgasemissionen innerhalb eines vom Weltklimarat ermittelten Restbudgets bleiben. Um dies einzuhalten, müssen wir die realen Treibhausgasemissionen erfassen und sofort massiv und transparent nachvollziehbar senken.

Die Transformation Karlsruhes in eine klimaneutrale und klimaangepasste Stadt erfordert ein wirksames Gesamtkonzept und stellt die Strukturen und Entscheidungsprozesse der kommunalen Verwaltung vor große und langfristige Herausforderungen.

1.1) Wie kontrollieren Sie, dass Karlsruhe sein Restbudget einhält und die Klimaneutralität bis 2040 erreicht? Wie sorgen Sie dafür, dass alle Bürger:innen sich auf einfache und verständliche Weise über den aktuellen Stand Karlsruhes auf seinem Weg zur Klimaneutralität informieren können?

Volt steht für eine umfassende Klimabudgetberatung im Gemeinderat, vergleichbar mit Haushaltsberatungen. Wir setzen uns dafür ein, dass sämtliche zukünftige Vorhaben verbindlich auf ihre Klimawirkung geprüft werden. Es ist uns ein Anliegen, dass alle Projekte mit den verschärften deutschen Emissionsminderungszielen in Einklang stehen müssen, um umgesetzt zu werden.

Wir fordern dabei die Schaffung offener Schnittstellen für klimarelevante Daten und die Bereitstellung von Dashboards auf der Website *karlsruhe.de*. Dadurch können Bürger:innen den aktuellen Stand der Klimamaßnahmen leicht einsehen. Die Zugänglichkeit der Daten für alle Bevölkerungsgruppen ist uns dabei besonders wichtig, daher werden die Berichte in leichter Sprache gestaltet. Mindestens einmal im Jahr soll eine Veranstaltung zur Präsentation des Status quo stattfinden.

Zudem lassen wir uns inspirieren von Städten wie Aachen, Mannheim und Münster, die als NetZero Cities bis 2030 klimaneutral werden wollen.

1.2) Halten Sie es für notwendig, Strukturen und Zuständigkeiten innerhalb der städtischen Verwaltung zu verändern, um die Herausforderungen des Klimawandels zu bewältigen? Wenn ja, welche konkreten Vorstellungen haben Sie dazu?

Die Verantwortung für die vorgeschlagene Prüfung auf Klimafreundlichkeit und Restbudget (siehe 1.1.) aller Entscheidungen sollte im Dezernat für Klima & Umwelt liegen. Durch diese Prüfung entsteht zum einen eine verbindliche, zentrale Prüfstelle und zum anderen eine engere Vernetzung zwischen dem Dezernat und allen anderen Bereichen der Verwaltung. Für besonders wichtig halten wir dabei die starke Vernetzung mit dem Dezernat für Wirtschaft & Wissenschaft. Diese enge Zusammenarbeit ermöglicht eine ganzheitliche Betrachtung und die Entwicklung innovativer Lösungen zur Bewältigung der Klimaherausforderungen.

THEMA 2: Bürger:innenbeteiligung und Bildung

2.1) Viele Bürger:innen wollen sich für Karlsruhe engagieren. Trotz vielfältiger Beteiligungsformate fühlen sie sich von Verwaltung und Politik aber nicht ernst genommen oder schlecht informiert.

Welche konkreten Ideen haben Sie, um die Kommunikation mit den Bürger:innen zu verbessern und die Menschen besser in Prozesse der Entscheidungsfindung einzubeziehen?

Volt betrachtet die aktive Einbindung der Bürger:innen in Entscheidungsprozesse als essentiell für eine lebendige und demokratische Stadtentwicklung. Doch wer schon mal das Feature "Bürgerbeteiligung" in der Karlsruhe-App geöffnet hat, weiß, dass Karlsruhe hier noch viel nachzuholen hat.

Um diese Situation zu verbessern, schlagen wir konkrete Maßnahmen vor:

1. Bestehende Beteiligungsformate werden zugänglicher gemacht, indem wir beispielsweise ein mobiles Bürger:innenbüro einführen.
2. Wir wollen Bürger:innenräte für besondere Angelegenheiten einsetzen.
3. Bestehende Features der Karlsruhe-App, wie das zur Bürger:innenbeteiligung, werden verbessert, um eine benutzerfreundlichere und effektivere Bürger*innenbeteiligung zu ermöglichen.
4. Mit Reallaboren, beispielsweise im Rahmen von Verkehrsprojekten, möchten wir die Menschen direkt in ihrem Alltag erreichen und ihre Meinungen und Bedürfnisse in Entscheidungsprozesse einbeziehen.

2.2) Wie wollen Sie Kitas, Schulen und nicht-städtische Bildungsinitiativen bei deren Bildungsangebot in den Bereichen Klima, Umwelt, Artenschutz und Biodiversität unterstützen?

Das Bewusstsein für Umweltthemen und eine nachhaltige Bildungsförderung auf kommunaler Ebene sind essentiell, damit das Wissen und die Fähigkeiten der Bürger:innen gestärkt werden.

Dadurch können sie aktiv an der Bewältigung der ökologischen Herausforderungen teilnehmen und helfen, eine nachhaltige Zukunft für unsere Gemeinschaft aufzubauen. Die städtischen Naturschutzbeauftragten sollten sich in Kooperation mit dem Dezernat für Klima und Umwelt mit anderen Akteur:innen aus diesem Bereich austauschen und so gemeinsam mehr Bildungsangebote schaffen.

2.3) Streben Sie den Ausbau von Klimapartnerschaften mit Projekten im Globalen Süden an? Mit welchen Maßnahmen wollen Sie ein breiteres Verständnis in Bevölkerung und Politik für die Auswirkungen unseres Lebens und Wirtschaftens auf die Menschen im Globalen Süden erreichen?

Als Volt setzen wir uns für den Ausbau von Klimapartnerschaften mit Projekten im Globalen Süden ein. Wir betrachten jedoch die europäische oder nationale Ebene als geeigneteren Rahmen entsprechende Partnerschaften zu schaffen und Projekte zu initiieren. Auf kommunaler Ebene sehen wir uns primär als Unterstützerin und Treiberin für Maßnahmen auf höheren Ebenen.

Darüber hinaus streben wir an, Informationsangebote zu fördern und einen regelmäßigen Austausch mit bestehenden Projekten zu ermöglichen. Dabei ist es uns wichtig, Bürger:innen mit Wurzeln oder Verbindungen in diesen Ländern aktiv einzubeziehen.

Besonders Desinformationen, wie beispielsweise "Peru baue auf Deutschlands Kosten Radwege", müssen hierbei vermieden werden. Eine transparente Berichterstattung ist essentiell, um alle korrekt zu informieren und dabei Verständnis zu schaffen, warum in einer globalisierten Welt der Globale Süden ein großer Hebel für eine gerechte Zukunft aller sein kann und muss.

THEMA 3: Wirtschaft

Wirtschaftsbetriebe haben häufig einen großen ökologischen "Fußabdruck". Die Stadt Karlsruhe kann durch geeignete Maßnahmen in ihrem Einflussbereich Unternehmen unterstützen, nachhaltiger zu wirtschaften. Die Stadt Karlsruhe ist mit den Unternehmen, die ihr ganz oder

anteilig gehören, selbst ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor. Sie hat damit eine Vorbildfunktion für nachhaltiges und klimaneutrales Handeln.

3.1) Wie wollen Sie erreichen, dass die Stadt Karlsruhe, ihre Eigenbetriebe und Gesellschaften nachhaltig und klimaneutral wirtschaften und so ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden? Was wollen Sie bis zum Ende der neuen Wahlperiode konkret erreicht haben?

Volt setzt sich dafür ein, dass alle Eigenbetriebe und Gesellschaften der Stadt Karlsruhe ein eigenes Klimabudget erhalten, das in der Klimabudgetberatung (siehe 1.1.) ausgehandelt wird. Durch dieses bewusste Budgetieren können sie gezielt dazu beitragen, Karlsruhe nachhaltiger zu gestalten. Ein wichtiger Schritt dabei ist die Planung und Genehmigung von Photovoltaik-Anlagen auf allen städtischen Dächern, um erneuerbare Energien zu fördern und den CO₂-Ausstoß zu reduzieren.

Darüber hinaus streben wir den Aufbau von Kooperationen und Netzwerken mit anderen Städten, Unternehmen und Organisationen an. Durch den Austausch von Best Practices und die Entwicklung gemeinsamer, innovativer Lösungen können wir unsere Nachhaltigkeitsziele effektiver erreichen und einen positiven Beitrag zum Klimaschutz leisten.

3.2) Welche Anreizsysteme werden Sie einsetzen, um privatwirtschaftliche Unternehmen dabei zu unterstützen, nachhaltig und klimaneutral zu handeln und Karlsruhe für neue nachhaltig wirtschaftende Betriebe attraktiv zu machen?

1. Ein Fahrplan für Kreislaufwirtschaft, der dafür sorgt, dass alle kommunalen Akteur:innen gemeinsam und zielgerichtet auf eine umfassende, zirkuläre Wertschöpfung hinarbeiten.
2. Prämien: Nachhaltige Verhaltensweisen von Unternehmen sollen prämiert und Erfolgskonzepte („Best Practices“) im Stadtgebiet geteilt werden.
3. Stadt als Vorbild: Bevorzugung nachhaltiger Produkte in öffentlichen Ausschreibungen, Stadtkonferenzen und im internen Einkauf sowie beim Gutscheineheft für Neubürger:innen; Abfallvermeidung durch papierlose Verwaltung.
4. ÖPNV-Bezuschussung.
5. Verstärkung der kostenlosen Beratungsangebote (z.B. Energiesenkung).
6. Zertifizierungs- und Auszeichnungsprogramme für nachhaltige Praktiken.
7. Netzwerke und Kooperationen: Austausch von Best Practices fördern und gemeinsam innovative Lösungen entwickeln.
8. Grüne Gewerbegebiete als Motor der Transformation, die die Stadt zu einem Aushängeschild für nachhaltigen Wandel machen.

3.3) Wie ist Ihre Position im Zielkonflikt zwischen einer Steigerung der Gewerbesteuereinnahmen und dem Klimaschutz in der Stadt? Nach welchen Kriterien werden Sie in diesem Zielkonflikt Entscheidungen durchsetzen, die sich am Schutz von Klima und Biodiversität orientieren?

Kurzfristige, wirtschaftliche Gewinne dürfen nicht auf Kosten der Zukunft unserer Stadt und des Planeten gehen.

Allerdings sieht Volt kein „Entweder-Oder“ zwischen Klima und Wirtschaft, sondern eine Zukunft der nachhaltigen Wirtschaft. Oftmals sind Kompromisse möglich, sobald die Stadt zusammen mit Unternehmen arbeitet.

Wir glauben, dass der Schutz der Umwelt und die Bewältigung des Klimawandels von entscheidender Bedeutung sind, um die Lebensqualität und damit auch die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit unserer Stadt zu gewährleisten. Ohne lebenswerte Stadtlandschaft gibt es auch keine Gewerbeeinnahmen.

Daher setzen wir uns dafür ein, dass alle Entscheidungen und Maßnahmen im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung getroffen werden, die sowohl ökonomische als auch ökologische Aspekte berücksichtigt.

THEMA 4: Bauen und Wohnen

4.1) In bestehenden Gebäuden sind viele Materialien enthalten, für deren Herstellung enorme Mengen an Treibhausgasen freigesetzt wurden. Eine wirksame Möglichkeit, um in Zukunft den Ausstoß von Treibhausgasen im Bauwesen zu verringern, ist, anstatt Abriss die Lebensdauer von Gebäuden durch energetische Sanierung, Umnutzung oder Umbau zu verlängern. Auf diese Weise können erhebliche Mengen an Emissionen, Energie, Rohstoffen und Bauabfällen eingespart werden.

Mit welchen Maßnahmen werden Sie sich gegen den Abriss von Bestandsgebäuden und stattdessen für deren Erhalt und Sanierung einsetzen?

Unser Ziel ist es, den Ausstoß von Treibhausgasen im Bauwesen ganzheitlich zu reduzieren und Ressourcen zu schonen. Wir erkennen an, dass sowohl der Erhalt bestehender Gebäude als auch die Entwicklung neuer, nachhaltiger Gebäude eine Rolle spielen können, um dieses Ziel zu erreichen.

Volt setzt sich für einen ausgewogenen Ansatz ein, der den Erhalt und die Sanierung bestehender Gebäude priorisiert, jedoch auch die Möglichkeit des Neubaus unter Berücksichtigung nachhaltiger Baustandards nicht ausschließt.

Wir möchten Anreize schaffen, um den Erhalt und die Sanierung von bestehenden Gebäuden zu fördern, da dies in vielen Fällen eine effiziente Möglichkeit ist, Emissionen zu reduzieren und Ressourcen zu sparen. Dies kann durch finanzielle Unterstützung, Steueranreize und eine Vereinfachung der Genehmigungsverfahren für Sanierungsmaßnahmen erfolgen.

4.2) Die nicht vermehrbare Ressource Boden ist Lebensraum für Tiere und Pflanzen und sichert die Versorgung der Menschen mit Lebensmitteln. Auch in Karlsruhe werden nach wie vor in einem hohen Maß Neubaugebiete ausgewiesen. Damit werden Flächen versiegelt, Lebensräume vieler Tier- und Pflanzenarten und fruchtbarer Ackerboden vernichtet sowie Frischluftschneisen blockiert.

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie erreichen, dass die Ausweisung neuer Baugebiete restriktiv gehandhabt und der Flächenfraß gestoppt wird?

Volt verfolgt das Ziel, den Flächenverbrauch zu reduzieren und die nicht vermehrbare Ressource Boden zu schützen. Durch eine restriktive Handhabung der Ausweisung neuer Baugebiete und die Förderung von Innenentwicklung setzt sich Volt dafür ein, vorhandene Flächen effizienter zu nutzen und den "Flächenfraß" zu stoppen.

Durch die Revitalisierung von Brachflächen und die Umnutzung von Leerständen strebt Volt eine nachhaltige Stadtentwicklung an, die sowohl ökologische als auch soziale Belange berücksichtigt.

Der Schutz von Natur- und Landschaftsräumen sowie die Einbindung der Bürger:innen in Entscheidungsprozesse sind für Volt wichtige Elemente, um eine ausgewogene Stadtentwicklung zu gewährleisten und die Bedürfnisse der Gemeinschaft zu berücksichtigen.

4.3) Nachverdichtung darf nicht dazu führen, dass Grünflächen versiegelt, Bäume gefällt, Innenhöfe zugebaut, Frischluftschneisen zerstört werden und dass der Hitzestress für die dort lebenden Menschen erhöht wird. Welche Maßnahmen schlagen Sie für eine klimagerechte Nachverdichtung vor?

Volt ist davon überzeugt, dass eine klimagerechte Nachverdichtung möglich ist und setzt sich dafür ein, dass entsprechende Maßnahmen ergriffen werden, um die negativen Auswirkungen der Verdichtung auf das Stadtklima zu minimieren und die Lebensqualität der Bewohner:innen zu erhalten oder sogar zu verbessern.

Volt verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz, der darauf abzielt, die Vorteile der Nachverdichtung zu nutzen, ohne dabei die Umweltbelastung zu erhöhen oder das Wohlbefinden der Bevölkerung zu beeinträchtigen. Dies beinhaltet Maßnahmen wie Dach- und Fassadenbegrünung, ein konsequentes Vorgehen gegen Schottergärten, den Schutz von Bäumen und Vegetation sowie den Schutz von Frischluftschneisen.

THEMA 5: Mobilität

Aus historischen Gründen ist der Verkehrsraum sehr auf das Auto zugeschnitten. Weniger Autos führen zu weniger Emissionen (Treibhausgase, Lärm, Feinstaub), weniger Bodenversiegelung und zu einer insgesamt verbesserten Lebensqualität. Für eine klimagerechte und bezahlbare Mobilität in Karlsruhe muss nachhaltiger Fortbewegung wie Zufußgehen, Fahrradfahren, ÖPNV und Carsharing eine deutlich höhere Priorität gegeben werden.

5.1) Wie wollen Sie den Umstieg auf den ÖPNV attraktiver machen und wie wollen Sie erreichen, dass bessere ÖPNV- und Carsharing-Angebote auch Menschen am Stadtrand den Verzicht auf ein privates Auto erleichtern?

Wir setzen uns für die Schaffung attraktiver Arbeitsplätze ein, um den Personalmangel im ÖPNV zu beseitigen und einen zuverlässigen Service zu gewährleisten.

Wir werden sichere Fahrradabstellanlagen an den Haltestellen und Fahrradwege zu den Haltestellen ausbauen, um eine nahtlose Verknüpfung von Radverkehr und ÖPNV zu gewährleisten.

Wir setzen uns für den Ausbau von barrierefreien Haltestellen ein, insbesondere am Durlacher Bahnhof und am Hauptbahnhof, um Menschen mit Mobilitätseinschränkungen einen uneingeschränkten Zugang zum ÖPNV zu ermöglichen.

Um den Ausbau des ÖPNV-Angebots zu sichern, müssen wir das Budgetdefizit der Verkehrsbetriebe beseitigen. Dafür könnten Maßnahmen wie eine Arbeitgeberabgabe oder eine Erhöhung der Parkgebühren in Betracht gezogen werden.

Wir werden das On-Demand-Angebot "MyShuttle" ausbauen, um eine flexible und bedarfsgerechte Ergänzung zum regulären ÖPNV zu bieten und auch abgelegene Gebiete besser zu erschließen.

5.2) Für welche konkreten Maßnahmen werden Sie sich im Gemeinderat einsetzen, um dem Fuß- und Radverkehr Vorrang zu geben?

Wir setzen uns für den Ausbau eines stadtweiten Radwegenetzes ein. Unser Ziel ist es, die gesamte Stadt mit den umliegenden Regionen zu vernetzen und eine sichere und komfortable Infrastruktur für Radfahrende zu schaffen. Dabei steht die Vision Zero im Mittelpunkt unserer Bemühungen, um die Verkehrstoten auf null zu reduzieren. Wir streben nach fehlerverzeihenden Anlagen, sicheren Kreuzungen mit Vorrangschaltung und einer klaren Trennung von Fuß- und Kfz-Verkehr.

Das Parken auf dem Bürgersteig und Radwegen oder die Missachtung von Fußgängerzonen werden stärker kontrolliert und bestraft.

Auch bei Baustellen müssen besonders Fuß- und Radwege besser berücksichtigt werden - dies ist bei vielen Baustellen in der Vergangenheit nicht getan worden, was uns auch bei Radverkehrs-Tests einige Plätze gekostet hat.

5.3) Wie wollen Sie den Kfz-Verkehr in der Stadt auf ein klimaverträgliches Maß reduzieren? Welche weiteren Tempo 30-Zonen wollen Sie in Karlsruhe einführen?

Wir setzen uns für die Einführung von einem generellen, innerörtlichen Tempo 30 ein, außer auf Umgehungsstraßen. So wird die Verkehrssicherheit verbessert und die Lärmbelastung reduziert. Zudem befürworten wir die Implementierung von Verkehrsberuhigungskonzepten wie Superblocks, um die Lebensqualität in Wohngebieten zu erhöhen und den Fußgänger:innen und Radfahrer:innen mehr Raum zu geben.
Wir planen den Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge, um die Elektromobilität zu fördern und die Luftqualität zu verbessern.

THEMA 6: Stadtklima, Grünflächen, Biodiversität

Zunehmende Hitze und Trockenheit sowie Starkregenereignisse sind besondere Herausforderungen, gerade in den Städten. Die Menschen können nur dann gesund in der Stadt leben, wenn sie ihnen jetzt und in Zukunft ein angenehmes Stadtklima bietet. Dies ist entscheidend davon abhängig, wie „grün“ die Stadt ist. Für die Gesundheit der Menschen und die Stärkung der Biodiversität müssen das vorhandene Stadtgrün erhalten und mehr Grünflächen ausgewiesen werden. Darüber hinaus muss Karlsruhe zur „Schwammstadt“ werden, in der möglichst wenig Regenwasser über die Kanalisation abfließt, sondern im Boden versickern kann, dort gespeichert wird und den Pflanzen zur Verfügung steht.

6.1) Die Grünsatzung soll in Karlsruhe in Zukunft verpflichtend die notwendige Begrünung der bebauten Grundstücke als wichtiger Baustein der Klimaanpassung sicherstellen. Sie weist zum Beispiel die Zahl der Bäume, den Anteil der begrüneten Flächen, der Dach- und Fassadenbegrünung aus. Bisher ist nur eine Grünsatzung als Pilotprojekt für die Innenstadt-West / Innenstadt-Ost im Planungsverfahren.

In welchen zeitlichen Etappen soll die Grünsatzung möglichst kurzfristig auf das gesamte Stadtgebiet ausgedehnt werden?

Das Ziel Karlsruhes ist es, bis 2040 klimaneutral zu sein. Aber schon jetzt werden die Sommer immer heißer und das wird sich auch vorerst nur verlangsamen, aber nicht aufhalten lassen. Daher sollte bis spätestens 2040 auch alles gemäß der neuen Satzung begrünt sein. Die Planungsverfahren für die anderen Stadtteile müssen daher unter Einbeziehung der Erkenntnisse des Pilotprojekts bis 2030 fertig sein. Ausnahmen, die die Fertigstellung bis 2040 nicht erfüllen, müssen entsprechend begründet und bis spätestens 2045 vollendet werden.

6.2) Insgesamt muss das öffentliche Grün mehr werden, um bei zunehmenden Hitzeperioden ein erträgliches Stadtklima in allen Stadtteilen zu realisieren. Zu viele große gesunde Bäume, die für Stadtklima, Stadtbild und Artenvielfalt dringend nötig sind, werden bei Baumaßnahmen immer noch gefällt, anstatt sie langfristig und nachhaltig zu schützen.

Wie und in welchem Zeitraum werden Sie mehr Stadtgrün und einen wirkungsvollen Baumschutz erreichen?

Die Stadt Karlsruhe besitzt bereits eine Baumschutzsatzung. Wir lassen prüfen, ob die bestehende Satzung ausreichend ist oder ob möglicherweise Anpassungen erforderlich sind, um den Schutz der Bäume zu stärken und den aktuellen Herausforderungen besser gerecht zu werden. Dies kann beispielsweise die Verschärfung von Regelungen zur Fällung von Bäumen oder die Erweiterung des Schutzbereichs umfassen.
Unser Ziel ist es, eine ausgewogene Baumpolitik zu verfolgen, die den Schutz der Bäume gewährleistet, gleichzeitig aber auch die Interessen von Eigentümer:innen und die städtebauliche Entwicklung berücksichtigt.

Eine Bepflanzung im Stadtkern mit klimaresistenten Baumarten in Baumquartieren ("unterirdische Blumenkübel") halten wir für sinnvoll. Dach- und Fassadenbegrünung tragen auch zum Stadtgrün bei. Des Weiteren werden alle Stadtteile nach geeigneten Flächen für Begrünung überprüft. Zwecks Zeitraum siehe Antwort 6.1.

6.3) Um das Regenwasser nachhaltig nutzen zu können, benötigen wir erheblich mehr Versickerungsflächen, Rückhaltungen und eine Verringerung der Versiegelung.

Welche Maßnahmen schlagen Sie dafür vor?

Wir befürworten die Entsiegelung und Renaturierung von Flächen sowie das Konzept der Schwammstadt.

Die Verwendung von durchlässigen Belägen für Gehwege, Straßen und Parkplätze ermöglicht eine natürliche Versickerung von Regenwasser in den Boden und trägt zur Reduzierung von Oberflächenabfluss und Überflutungsrisiken bei, während sie gleichzeitig zur Bodenbewässerung dient.

Des Weiteren setzen wir uns für die verstärkte Dach- und Fassadenbegrünung ein, insbesondere in dicht bebauten Gebieten, wo die Möglichkeit einer angemessenen Entsiegelung begrenzt ist. Dies trägt nicht nur zur Reduzierung von Hitzeinseln und zur Verbesserung des Stadtklimas bei, sondern fördert auch die Biodiversität und verbessert das Stadtbild.

Zudem werden wir dafür sorgen, dass auch Privatgrundbesitzer:innen sich an geltende Regeln (z.B. Verbot von Schottergärten) halten.

THEMA 7: Energie

Gemäß dem vom Gemeinderat beschlossenen Klimaschutzkonzept soll die Stadt Karlsruhe bis 2040 klimaneutral werden. Der vom Gemeinderat im November 2023 beschlossene Energieleitplan bezeichnet dieses Ziel als unrealistisch.

7.1) Welche konkreten Konzepte haben Sie, damit das Ziel einer CO₂-neutralen Stadt bis 2040 dennoch erreicht werden kann?

Da Wärme/Energie für Haushalte einen hohen CO₂-Ausstoß hat, wollen wir über die Förderung von Photovoltaik hinaus Fernwärme aus Geothermie als wichtiges Mittel für das Erreichen der Klimaneutralität nutzen.

Wir werden Programme zur energetischen Sanierung von Gebäuden auflegen und Anreize für die Nutzung von klimafreundlichen Baustoffen schaffen, um den CO₂-Ausstoß im Gebäudesektor zu reduzieren.

Wir setzen auf eine nachhaltige Verkehrspolitik, die den Umstieg auf umweltfreundliche Verkehrsmittel wie den öffentlichen Nahverkehr, Fahrrad und Fußgänger:innen fördert. Dazu gehören der Ausbau des ÖPNV-Netzes, die Förderung von Fahrradinfrastruktur und die Einführung von umweltfreundlichen Mobilitätskonzepten wie Carsharing.

Wir werden Informations- und Aufklärungskampagnen durchführen, um das Bewusstsein für den Klimawandel zu stärken und die Bürger:innen aktiv in die Umsetzung von klimaneutralen Maßnahmen einzubeziehen.

7.2) Welche Maßnahmen muss die Stadt Karlsruhe Ihrer Ansicht nach ergreifen, damit der Zubau von Photovoltaik in Höhe von 300.000 kW_{peak} bis 2030 erreicht werden kann, wie er im Klimaschutzkonzept beschlossen wurde (Stand 2023: 59.300 kW_{peak})?

Die Stadt Karlsruhe muss verstärkt die Installation der Photovoltaik-Anlagen auf städtischen Gebäuden vorantreiben.

Wir setzen uns für die Einführung attraktiver Förderprogramme und Anreize ein, um Bürger:innen, Unternehmen und Organisationen dazu zu ermutigen, in erneuerbare Energien zu investieren, insbesondere in Photovoltaikanlagen. Diese Anreize können finanzielle Unterstützung, Steueranreize oder zinsgünstige Darlehen umfassen.

Wir streben an, die Genehmigungsverfahren für Photovoltaikanlagen zu vereinfachen und zu beschleunigen, um den Ausbau dieser nachhaltigen Energiequelle zu erleichtern.

Außerdem muss die Öffentlichkeit über die Vorteile von Photovoltaik informiert und das Bewusstsein für die Bedeutung des Ausbaus erneuerbarer Energien geschärft werden. Hierzu werden wir Informationskampagnen durchführen, um Bürger:innen über die Möglichkeiten und Vorteile von Photovoltaik aufzuklären.

7.3) Was sind in der Wärmeversorgung aus Ihrer Sicht die insgesamt zehn wichtigsten Maßnahmen, die die Stadt im Bereich der Nah- und Fernwärme und in den Bereichen, die nicht durch Wärmenetze versorgt werden können, ergreifen muss, um bis zum Jahr 2040 klimaneutral zu werden?

1. Energetische Sanierung von Gebäuden.
2. Nutzung von Abwärme aus industriellen Prozessen.
3. Förderung von Tiefengeothermie-Projekten zur Wärmeversorgung über Fernwärme.
4. Anreize schaffen, um den Einsatz von Wärmepumpen in Gebäuden zu fördern.
5. Entwicklung von energetischen Quartierskonzepten, welche Synergieeffekte zwischen verschiedenen Gebäuden nutzen.
6. Mehr Wärmespeicher, die mit Nah- und Fernwärmenetzen verbunden sind und überschüssige Wärme speichern.
7. Nah- und Fernwärmenetze optimieren und erneuerbare Wärmequellen verstärkt integrieren.
8. Bürger:innen aktiv in den Prozess der Wärmeversorgung einbinden und über Möglichkeiten zur Reduzierung des Wärmebedarfs sowie zur Nutzung erneuerbarer Energien informieren.
9. Förderung digitaler Konzepte, um Wärmeenergie einzusparen.
10. Forschung und Innovation im Bereich der Wärmeversorgung unterstützen und neue Technologien sowie Konzepte zur effizienten und nachhaltigen Wärmeerzeugung vorantreiben.

THEMA 8: Ernährung

Die Herstellung von Lebensmitteln verursacht etwa ein Viertel der menschengemachten Treibhausgase, insbesondere durch die Tierhaltung. Die Ernährungswende hin zu überwiegend pflanzlichen Lebensmitteln ist damit ein wichtiger Faktor bei der Bewältigung der Klimakrise. Weitere Vorteile sind positive Effekte auf die menschliche Gesundheit, Ernährungssicherheit für eine wachsende Weltbevölkerung sowie die Schonung von Tier- und Umwelt.

8.1) Die Planetary Health Diet (PHD) ist eine überwiegend pflanzliche Ernährungsweise und stimmt mit den Empfehlungen der Deutschen **Gesellschaft für Ernährung** weitgehend überein. Bei einer Ernährung gemäß der PHD besteht der überwiegende Anteil dessen, was auf dem Teller landet, aus Gemüse, Obst, Vollkorngetreide, Hülsenfrüchten und Nüssen. Der Anteil tierischer Produkte ist dabei gegenüber dem durchschnittlich in Deutschland konsumierten Anteil deutlich reduziert. Wie und in welchem Zeitraum werden Sie ein entsprechendes Angebot bei der Verpflegung in kommunalen Einrichtungen (z. B. Kitas, Schulen, Kantinen und Krankenhäusern) umsetzen?

Wir werden die Zusammenarbeit mit lokalen Produzenten und Lieferanten von regionalen und saisonalen Lebensmitteln verstärken, um die Verfügbarkeit von frischen und qualitativ hochwertigen, pflanzlichen Lebensmitteln zu fördern. Zu einer erfolgreichen Umsetzung gehört neben der Verfügbarkeit auch die Akzeptanz, die wir durch verschiedene Maßnahmen stärken wollen.

Außerdem streben wir ein auf pflanzlichen Produkten basierendes Essensangebot für kommunale Einrichtungen an und wollen ebenfalls Unternehmen und andere Einrichtungen zur Umstellung ermutigen und dabei unterstützen.

8.2) Aufgrund der Klimakrise gerät die Ernährungssicherheit in Gefahr. Wie unterstützen Sie die lokalen Landwirt:innen und Händler:innen bei ihrer Existenzsicherung und der Umstellung auf ein nachhaltiges, überwiegend pflanzliches Angebot sowie bei Klimaanpassungsmaßnahmen?

Wir werden den Aufbau lokaler Vermarktungsstrukturen fördern, um Landwirt:innen den direkten Verkauf ihrer Produkte an die Verbraucher:innen zu ermöglichen (z.B. Verkaufsautomaten, Märkte). Durch den direkten Vertrieb erhalten auch die Konsument:innen ein besseres Verständnis dafür, wo das Essen herkommt. Außerdem möchten wir städtische Einrichtungen mit regionalen Lebensmitteln versorgen und können so gleichzeitig zum Grundumsatz für die Landwirt:innen beitragen.

8.3) Eine Umstellung auf eine klimagerechte Ernährung erfordert eine breite Akzeptanz und Beteiligung in der Bevölkerung. Welche Maßnahmen wollen Sie umsetzen, um die Karlsruher Bürger:innen über die Auswirkungen verschiedener Ernährungsweisen auf das Klima aufzuklären und die Bürger:innen bei der Umstellung ihrer Ernährung zu unterstützen?

Volt Karlsruhe setzt bei der Förderung klimagerechter Ernährung auf die Einführung kommunaler Ernährungstage. Zudem wollen wir Kinder durch gesunde und klimagerechte Ernährung in Schulen sensibilisieren. Außerdem muss jede städtische Kantine z.B. an öffentlichen Unis und Schulen mit Informationstafeln ausgestattet werden. Bei allen Maßnahmen setzen wir auf Kooperationen mit lokalen wie europäischen Initiativen, die den Ernährungswandel heute schon vorantreiben. Auch die direkte Vermarktung lokaler Produzenten (siehe 8.2.) trägt zu einer Aufklärung bei.